

Konzessionsverträge

Geschüttelt, nicht gerührt

So trinkt James Bond seinen Wodka Martini. Genauso gut durchschütteln sollten Kommunalis ihre auslaufenden Konzessionsverträge – allein bis 2012 sind davon rund 8.000 Kommunen betroffen. Stadt- und KreisrätInnen entscheiden nun darüber, ob es die gleiche energiepolitische Plörre wie in den letzten 20 Jahre geben wird, oder einen neuen, spritzigen Drink.

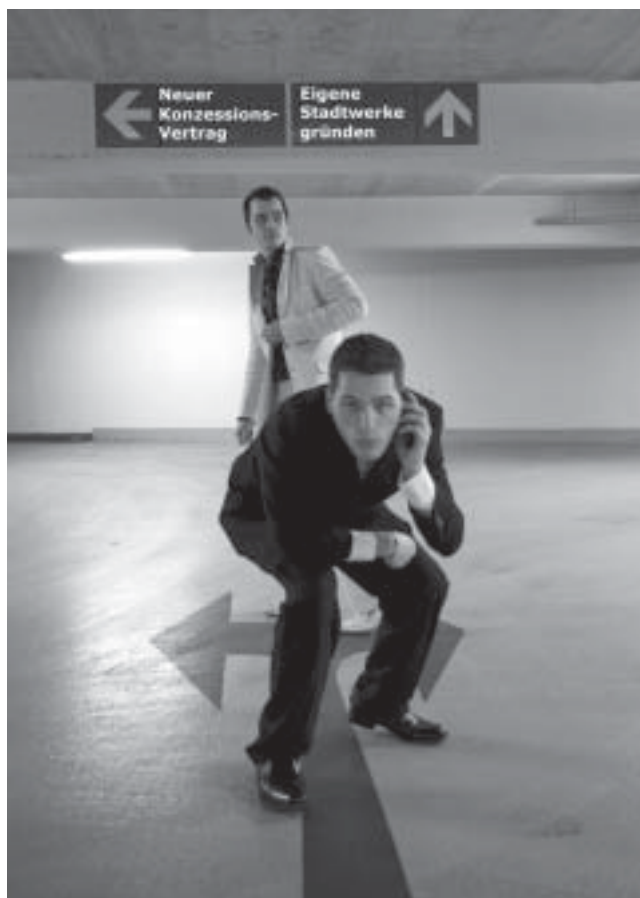
Benjamin Raschke

Noch dominieren die großen Energiekonzerne die lokale Stromversorgung. Sie haben sich in der Privatisierungswelle der 1990er Jahre den Großteil der Konzessionsverträge und damit das Wegerecht für Gas und Strom gesichert. Gemäß des Energiewirtschaftsgesetzes laufen diese Verträge maximal 20 Jahre. Damit öffnet sich jetzt ein ideales Zeitfenster, die politische Entscheidungshoheit und die bescheidenen, aber stabilen Renditen zurück in die Kommunen zu holen. Denn auch wenn die Konzerne glauben machen wollen, es ginge „nur um Wegerechte“ – de facto geht es um Mitbestimmung, um lokale Wertschöpfung und um einen wichtigen Hebel für mehr Klimaschutz.

Drei Optionen

Wie lässt sich diese Chance auf eine Neu- bzw. Umgestaltung der Stromversorgung nutzen? Am einfachsten ist es, alles beim Alten zu lassen und den Vertrag um weitere 20 Jahre zu verlängern. Dass die Energiekonzerne landauf, landab dafür werben und vielen Kommunen fertige Verträge vorlegen, überrascht nicht. An Einfluss gewinnt, wer bei den Vertragsverhandlungen klare Vorteile wie flexible Kündigungsfristen und ökologische Anforderungen aushandelt. Eine ideale Hilfe ist der alternative Musterkonzessionsvertrag der Grünen. Für viele Kommunen ist dies

auch die einzige realisierbare Möglichkeit, da sie sich erst kurz vor Vertragsende mit dem Thema beschäftigen. Zu guter Letzt besteht die Möglichkeit, die Energieversorgung zurück in kommunale Hand zu nehmen. Dies ist allerdings mit deutlich mehr Aufwand verbunden. Dennoch nutzen zahlreiche Kommunen die Chance, kaufen ihre Netze zurück oder gründen gar eigene Stadtwerke.



Bei diesem Auftrag müssen alle 'ran: Politik und Bevölkerung

Foto: aboutpixel.de / Stefan Franke, [M] rah

Wir brauchen starke Partner

Zugegeben, das ist ein dickes Brett für Grüne wie für die Kommunen. Hier braucht es starke Partner – und es gibt sie auch: Viele Gemeinden wie das brandenburgische Prenzlau oder die Stromrebellinnen aus Schönau im Schwarzwald haben es vorgemacht und beraten gerne. Neben den Grünen haben sich vereinzelt auch die Linken dieses Themas angenommen. In einigen Bundesländern ist auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sehr aktiv. Daneben haben lokale Projekte wie z.B. Bürgersolarinitiativen immer wieder beeindruckende Kenntnisse und Motivation.

Nicht zuletzt spielt hier die direkte Teilhabe der BürgerInnen eine wichtige Rolle. Im Stadtstaat Hamburg haben sich zum Beispiel kürzlich Umweltverbände, Bürger- und Verbraucherinitiativen sowie Kirchen zu einem Bündnis zusammengeschlossen und Ende August erfolgreich eine Volksinitiative zur Rekommunalisierung der Strom-, Gas- und Fernwärme gestartet. Schwarz-Grün hat daraufhin die Übernahme der Netze angekündigt. Das

Beispiel Hamburg zeigt aber auch: Ein Bürgerbegehren ist deutlich mehr als nur das Sammeln von Unterschriften. Es braucht eine gute Planung und eine gute Kampagne. Bei beidem kann der Verein „Bürger-Begehren Klimaschutz“ eine große Hilfe sein.

Ob ökologischer Konzessionsvertrag oder Rekommunalisierung – Grüne und Kommunen müssen wieder auf den vorpolitischen Raum zugehen und Verbände, Initiativen, Vereine und vor allem die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen.

Materialien

Alternativer Musterkonzessionsvertrag und weitere Infos: www.gruene-bw.de („Konzessionsvertrag“ suchen); www.buergerbegehrenklimaschutz.de

Aden, Hermann: „Vom auslaufenden Konzessionsvertrag zum Relaunch der Stadtwerke: So eine Chance hat man nur alle zwanzig Jahre“, AKP 4/2010, S. 46ff

➔ Benjamin Raschke ist Landesvorsitzender von Bündnis 90/ Die Grünen Brandenburg und Vorstandsmitglied von „Bürger-Begehren Klimaschutz“.